

Die Sorgen der Lehrer

Lehrer-Kongress diskutiert den Zustand des Bildungswesens

Als im Jahre 1950 die indische Verfassung verabschiedet wurde, enthielt diese auch Bestimmungen zur Sicherstellung einer allgemeinen Schulausbildung, die zwar nicht in den Grundrechte-Katalog, aber immerhin in die 'Directive Principles', verbindliche, aber nicht einklagbare Verfassungsleitsätze, aufgenommen wurden. Die damalige Regierung setzte sich das ehrgeizige Ziel, eine allgemeine Schulpflicht einzuführen und innerhalb von zehn Jahren für alle Kinder unter vierzehn Jahren eine kostenlose Grundschulausbildung zu garantieren.

37 Jahre nach Ablauf dieser Frist muß festgestellt werden, daß diese Versprechen nicht eingelöst werden konnten. Schätzungen gehen davon aus, daß heute mehr als 20 Millionen Kinder der Altersgruppe von sechs bis vierzehn Jahren (12 Prozent aller Kinder unter vierzehn Jahren), unabhängige Quellen sprechen von 40 Millionen, nicht zur Schule gehen und 320 Millionen Menschen in Indien (42 Prozent der Gesamtbevölkerung über sieben Jahre) Analphabeten sind. Angesichts dieser Zahlen ist davon auszugehen, daß Anfang des 21. Jahrhunderts 50 Prozent der Analphabeten weltweit in Indien leben werden.

Um den desolaten Zustand der Schulausbildung publik zu machen und Ursachen bzw. Reformvorschläge zu diskutieren, trafen sich in Madras (Chennai) im März dieses Jahres 300 Lehrer aus fünfzehn Organisationen, die in zehn Bundesstaaten vertreten sind. Auf der Zusammenkunft, veranstaltet von der 'Tamil Nadu Primary School Teacher's Federation' (TNPTF), kamen verschiedene Themen wie die zunehmende Kommerzialisierung des Bildungswesens, die Plage der Kinderarbeit, die mangelhafte Ausstattung der Schulen und die Forderungen der Lehrer im Hinblick auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Sprache.

Im Jahre 1991 betrug die Analphabetenrate bei Frauen 61 Prozent. Damit war diese zwar um 17 Prozent niedriger als 1981; in absoluten Zahlen ergab sich jedoch eine Zunahme von insgesamt 59 Millionen, wobei auf die ländlichen Gebiete Indiens zwei Drittel der Analphabeten entfallen. Bezüglich der Analphabetenrate bei Männern ergibt sich ein deutlich niedrigerer Wert, hier waren im Jahr 1991 36 Prozent der Männer Analphabeten.

Die Analphabetenraten variieren zum einen im Hinblick auf die verschiedenen Bundesstaaten, zum anderen aber auch,

wie dargestellt, hinsichtlich der Geschlechter und der Kastenzugehörigkeit. Die niedrigste Alphabetisierungsrate (30 bis 40 Prozent) findet sich in den Bundesstaaten Uttar Pradesh, Madhya Pradesh, Bihar und Rajasthan, in diesen Gebieten können nur 20 bis 28 Prozent der Frauen schreiben und lesen.

Die Menschen dazu zu bewegen, ihre Kinder in die Schulen zu schicken, ist bereits ein Problem, noch schwieriger ist es jedoch, sie auch dort zu halten. 50 Prozent der Mädchen, die in die erste Leistungsstufe (Standard I) aufgenommen werden, haben die Schule noch vor Erreichen von Standard V wieder verlassen. Mit 47 Prozent ist die Rate bei den Jungen ähnlich hoch. Bei Kindern aus der Gruppe der sogenannten Scheduled Castes liegt die Abbrecherrate bei 51 Prozent, bei den Scheduled Tribes sogar bei 61 Prozent. Mehr als ein Drittel aller schulpflichtigen Mädchen verlassen die Schule bereits wieder innerhalb des ersten Jahres. Mädchen brechen die Schule zweimal häufiger ab als Jungen, wobei die Situation in ländlichen Gebieten noch problematischer ist als im urbanen Bereich.

Eines der Hauptziele des Kongresses in Madras bestand darin, in aller Deutlichkeit auf die Notwendigkeit einer umfassenden und einheitlichen Erziehungspolitik hinzuweisen. Das Problem des Analphabetismus steht in Indien in einem engen Zusammenhang mit der nach wie vor in weiten Bereichen existierenden Kinderarbeit, Schätzungen gehen von 50 Millionen Kinderarbeitern aus. Gerade die Kinder, die nicht die Möglichkeit haben, regelmäßig Schulen zu besuchen, sind in hohem Maße gefährdet, als Kinderarbeiter auf den Arbeitsmarkt abgedrängt zu werden. Nach Auffassung aller Delegierten wird das Problem der Kinderarbeit in Zukunft ohne die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht bei gleichzeitiger Garantierung eines kostenfreien Schulbesuchs nicht möglich sein.

Im Rahmen verschiedener Resolutionen wurde deutlich gemacht, daß die Ursachen für die Defizite im Bildungswesen im wesentlichen dem fehlenden politischen Willen auf seiten der Regierenden zuzuschreiben sind. Anstatt darauf hinzuwirken, daß Ausbildung für alle garantiert werden kann, propagiere die Zentralregierung immer wieder die "Elitisierung der Ausbildung".

Dr. A. Mitra, Wirtschaftswissenschaftler und Parlamentsabgeordneter

der Kommunistischen Partei Indiens (CPI-Marxist) vertrat die Auffassung, daß die Regierung die Ausbildung der Massen deshalb blockiere, weil, so die Befürchtung, diese politisches Bewußtsein entwickeln und aktiv für ihre Rechte eintreten könnten. Folgt man dieser Argumentation, so ist es nicht verwunderlich, daß die Empfehlung des Kher-Komitees, die, bereits Anfang der 50er Jahre erarbeitet, das Konzept einer Ausbildung für alle befürwortete und die Bereitstellung umfangreicher finanzieller Mittel (10 Prozent des Staatshaushalts, 6 Prozent des Bruttosozialprodukts und 20 Prozent der jeweiligen bundesstaatlichen Haushalte) forderte, weitgehend unbeachtet blieb. Die Untätigkeit der Regierung und die geringe Priorität, die dem Bildungswesen eingeräumt wird, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß seit den 50er Jahren die Ausgaben für diesen Bereich von damals 7 Prozent auf nur noch 1,5 Prozent im achten Fünfjahres-Plan reduziert wurden.

Daneben wurde auf ein weiteres Problem hingewiesen, das darin besteht, daß zwar für den Bereich der Sozial- und Wohlfahrtspolitik finanzielle Mittel bereitgestellt werden, deren tatsächliche Auszahlung jedoch unter dem Vorwand bürokratischer Hindernisse blockiert wird.

Ein wichtiger Trend in der Bildungspolitik besteht heute darin, einen Großteil der verfügbaren Mittel dem universitären Bereich zukommen zu lassen. Während die Mittel für die Hochschulen von 1950 bis 1980 von neun Prozent auf 16 Prozent stiegen, fiel der Anteil der Aufwendungen für die Grundschulbildung im gleichen Zeitraum von 56 Prozent auf unter 40 Prozent. Kritiker sehen in dieser Begünstigung der Universitätsausbildung ein tiefverwurzeltes Klassendenken bei vielen politischen Entscheidungsträgern.

Die anhaltend unzureichende finanzielle Ausstattung des Schulwesens hat zur Folge, daß es insgesamt viel zu wenige Lehrer gibt, was zu inakzeptabel großen Klassenstärken führt. In Tamil Nadu beispielsweise kommen auf einen Lehrer 40 Schüler, obwohl bereits seit 1964 eine Obergrenze von 20 Schülern vorgesehen ist. Wollte man alle schulpflichtigen Kinder in den Schulen unterrichten, müßten 4,4 Millionen neue Lehrer eingestellt werden.

Aus einer kürzlich veröffentlichten Studie geht hervor, daß 89 Prozent der Grundschulen, 70 Prozent der Mittel-



Das Recht auf Grundschulbildung bleibt in Indien unerfüllt. Besonders Mädchen sind benachteiligt. (Foto: Walter Keller)

schulen und 27 Prozent der weiterführenden Schulen nicht einmal über Toiletten verfügen. Eine andere Untersuchung im Auftrag der UNESCO kommt zu dem Ergebnis, daß 13,5 Prozent der Grundschulen in Indien nicht über feste Räumlichkeiten verfügen, 40 Prozent besitzen nicht einmal Tafeln, 59 Prozent der Schulen haben keinen Zugang zu Trinkwasser und in 28 Prozent dieser Schulen steht nur ein einziger Lehrer zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund lautet eine der Hauptforderungen des Lehrer-Kongresses an die Zentralregierung in Delhi wenigstens zehn Prozent der Haushaltsmittel und sechs Prozent des Brutto-sozialprodukts für den Ausbildungssektor bereitzustellen, und dabei die Grundschulausbildung stärker als bisher zu fördern. Die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten werden aufgefordert, 30 Prozent ihres Etats für die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht und die Sicherstellung einer kostenfreien Grundschulausbildung aufzuwenden.

Von besonderer Bedeutung für die Bereitschaft vieler Eltern ihre Kinder zur Schule zu schicken, ist die kostenfreie Mittagsmahlzeit in den Schulen. Diese Form der Schulspeisung, so eine weitere Forderung des Lehrer-Kongresses an die Politiker, sollte in allen Bundesstaaten bei einer Kostenübernahme von 80 Pro-

zent durch den Staat eingeführt werden. Gerade im Kontext der auf Elitenbildung ausgerichteten "New Education Policy", die eine flächendeckende Verbreitung der Grundschulbildung vernachlässigt und sich nahtlos in die auf Globalisierung ausgerichtete liberalisierte Wirtschaftspolitik Indiens einpaßt, sind die Forderungen nach einer sozialen Bildungspolitik von der ein Großteil der Menschen in Indien profitieren kann von großer Wichtigkeit. In weiteren Resolutionen wurde dazu aufgefordert, dem gegenwärtig zu verzeichnenden Trend, daß in verstärktem Maße auch im Bildungswesen Kommerzialisierung und Profitdenken Einzug halten - diverse Einrichtungen verlangen bereits heute Schulgebühren -, entschlossen entgegenzutreten.

Auch im Hinblick auf die Situation der Lehrer selbst wurden Forderungen formuliert. So wurde eine Angleichung der Lehrergehälter an das Lohnniveau von Regierungsangestellten gefordert; darüber hinaus Arbeitsplatzgarantien für Lehrer, auch für diejenigen, die an privat-geförderten Schulen arbeiten und die Schließung aller nicht offiziell anerkannten Schulen.

Um der auf Elitisierung ausgerichteten Bildungspolitik der Zentralregierung und der anhaltenden Krise im Ausbildungsbereich entgegenzuwirken, wurde in ei-

nem ersten Schritt die Gründung eines Koordinations-Komitees ('Coordination Committee of School Teachers Organisation'), das die Interessen der Lehrer in ganz Indien vertreten soll, beschlossen. Das vorrangige Ziel dieses Komitees besteht darin, kontinuierlich Druck auf die Regierung auszuüben, ihrer Verpflichtung, Schulausbildung für alle zu garantieren, nachzukommen. Als landesweiter Aktionstag wurde der 16. Juli 1997 festgesetzt.

Gerade das Positivbeispiel des Bundesstaates Kerala, wo es heute keinen Analphabetismus mehr gibt, und nicht zuletzt deshalb viele soziale Indikatoren sehr viel besser sind als in den anderen indischen Bundesstaaten, macht deutlich, daß die Forderungen der Lehrer an die Regierung berechtigt sind und ihre Umsetzung äußerst positive Auswirkungen auf das Bildungsniveau in ganz Indien hätten.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß bereits 1994 vom Parlament des Bundesstaates Tamil Nadu einstimmig ein Gesetz zur Einführung einer allgemeinen Schulpflicht und kostenfreien Grundschulausbildung verabschiedet wurde; leider ist dieses Gesetz jedoch bis heute nicht umgesetzt worden, was wiederum nur mit dem Mangel an politischem Willen bei den verantwortlichen Politikern zu erklären ist.